



Kalorien und Joule

Aneignungskämpfe, Eigentum und Produktionsweisen zwischen Fischen und Tiefsee-Ressourcen

von Christoph Spehr

Wem gehört eigentlich das Meer? Das ist keine rhetorische Frage, sondern eine sehr konkrete, von der das Leben vieler Menschen direkt abhängt - heute bereits, und in Zukunft noch sehr viel mehr. Das Meer ist wie das Internet, wie Markus Euskirchen vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Recht bemerkt. Das Meer ist tatsächlich nach geltendem Recht ein Gemeingut. Aber alle wollen ihre private Scheibe abhaben.

Paolo Bacigalupis Science-Fiction-Roman »The Windup Girl« spielt in einer Zukunft, wo die »Expansion«, die weltweite Ausdehnung der westlichen Ökonomie, durch die »Contraction« abgelöst ist, den Rücksturz auf die Regionen, ausgelöst durch das Ende des Öls und des fossilen Zeitalters. Fünf Meter hohe Seewälle halten das angestiegene Meer ab vor Bangkok und dem thailändischen Königreich, das seine Ökonomie rigoros abzuschotten versucht vor den transnationalen Nahrungsmittelkonzernen. Diese haben in der Vergangenheit nicht nur gentechnisch modifizierte Nahrungsmittel für den Weltmarkt produziert, sondern auch mit künstlich erzeugten Pflanzenseuchen und Ungeziefer die einheimische Fauna ihrer Zielländer zerstört, um diese abhängig zu machen von ihren Produkten. Der Kampf um die Kalorien ist das beherrschende Thema der globalen Ökonomie. "Calorie men" der westlichen Konzerne sind auf der Jagd nach unzerstörten genetischen Ressourcen, während frühere Entwicklungsländer versuchen, ausgerottete Nahrungspflanzen wiederzugewinnen. Die Container-Flotten sind ersetzt durch das dünne Handelsnetz der Zeppeline und Segelschiffe, um das sich ein neues Handelskapital rankt. Der politische Kampf dreht sich um die Gestalt der neuen Ökonomie: Zwischen militanten Autarkie-Verfechtern und solchen, die auf die Rückkehr zur globalen Verflech-

tung hoffen. Um das Verhältnis von Kalorien und Joule, von Ernährung und Energie.

Auch in der Realität wird sich die Gestalt des post-fossilen Zeitalters danach entscheiden, wie seine Nahrungswirtschaft und seine Energiewirtschaft aussehen werden. Für beide Aspekte richtet sich der Blick bereits heute verstärkt auf das Meer.

Für eine Milliarde Menschen ist Fisch die Hauptproteinquelle. 15 Kilo Fisch werden weltweit pro Person und Jahr gegessen, 300 Gramm pro Woche. Auf dem Meer wird um Fanggründe und um die Produktionsweise gekämpft. Knapp die Hälfte der jährlich 85 Millionen Tonnen verwertbarer Fisch werden von Kleinfischern gefangen (45 Prozent), in knapp 3,5 Millionen Schiffen und Booten. Die größere Hälfte der 85 Mio. Tonnen (55 Prozent) dagegen werden von etwa 30.000 Riesentrawlern aus dem Meer geholt, von denen jeder einzelne bis zu 200 Tonnen Fisch am Tag fängt. Die EU, China, Japan, Russland und die USA sind die Nationen, in denen die Eigentümer dieser industriellen Fischfang-Armee sitzen.

Das Meer wird aber auch als Energiequelle eine Schlüsselregion. Die Erschöpfung der Ölvorkommen hat die Tiefseeförderung von Erdöl profitabel gemacht. Vor den Küsten Brasiliens und Ghanas, in der Arktis, im Golf von Mexico und vor Australien wird Erdöl aus der Tiefsee gefördert. Die Ölkatastrophe der BP-Plattform »Deepwater Horizon« hat ein Schlaglicht darauf geworfen, welche ökologischen Risiken damit verbunden sind. Am Meeresboden liegen aber neben Metallen auch riesige Vorkommen von Methanhydrat. Methan, ein hochbrennbares Gas, wird im Meer durch Druck und Kälte in fester Form gespeichert, in vor ca. 60 Millionen Jahren durch globale Abkühlung entstandenen Lagerstätten. Es handelt sich um eine quasi-fossile Energiequelle, deren negativer Klimaeffekt bei der Verbrennung noch sehr viel größer ist als der von Erdöl oder Erdgas.

Das Meer ist auch eine gewaltige Ressource erneuerbarer Energie, hauptsächlich von Strömungsenergie (Gezeitenkraftwerke) und Windenergie (Offshore-Windparks). Wenn erneuerbare Energie jedoch nicht dezentral und verbrauchsnahe





erzeugt wird, sondern hochzentralisiert und verbrauchsfern, ähnelt ihre Ökonomie der von fossilen Energieträgern: Transport und Verfügbarkeit werden mit hohen energetischen Verlusten und ökologischen »Nebenwirkungen« erkaufte. So sind die Rotorblätter einer Hochleistungs-Windkraftanlage, wie sie in Offshore-Windparks eingesetzt werden, Sondermüll.

Wem gehört das Meer?

Papst Alexander VI. machte es sich 1493 noch relativ einfach. Mit einer geraden Linie auf der Weltkarte teilte er das Meer auf zwischen Spanien und Portugal. Dagegen lief das Handelskapital der aufstrebenden frühkapitalistischen Mächte, namentlich Holland und England, bald Sturm. Die ideologische Kampfschrift dazu lieferte Hugo Grotius 1609 mit seinem Werk »Die Freiheit der Meere« (Mare liberum). Das Meer gehöre niemandem, so Grotius, und solle von allen Nationen genutzt werden können. Mit der Vernichtung der spanischen Armada 1588 verlieh England dieser Position militärischen Nachdruck.

Nutzung hieß zunächst vor allem Nutzung der Handelswege. Die Raubbau am Meer konzentrierte sich auf die unmittelbaren Küstenregionen, wo schon kurz nach der »Entdeckung« der Neuen Welt Walherden abgeschlachtet wurden wie später Bisons in den Great Plains. Waltran war das Erdöl des Frühkapitalismus, das Europas Lampen befeuerte. Darüber hinaus setzte die Größe des Mediums dem Raubbau zunächst Grenzen. Erst die Erfindung der Walfang-Kanone, das Dampfschiff und das Einpumpen von Pressluft in die sonst schnell absinkenden Kadaver ermöglichten den Fang aller Arten auf allen Gewässern. Mit der Einführung von Fangflotten, deren »Mutterschiff« die industrielle Verarbeitung gleich auf See vornahm, wurden auch die letzten Rückzugsgebiete in der Antarktis erreichbar und geplündert.

Der Walfang war der Eisbrecher der industriellen Technologien auf dem Meer. Der industrielle Fischfang folgte ihm nach. Mit der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Wettlauf um die Fangregionen vor den Küsten und um die Seewege. Die USA und die südamerikanischen

Nationen und dann nach und nach alle Küstenländer proklamierten das nationale Eigentum an den Hoheitsgewässern vor ihren Küsten.

Bereits unter dem Eindruck der Umweltkrise und der Endlichkeit der globalen Ressourcen, die Mitte der 70er Jahre zugespitzt deutlich wurde, entstand 1982 nach langen Verhandlungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ein bemerkenswertes Dokument: Die internationale Seerechts-Konvention. Die Seerechtskonvention definierte in einzigartiger Weise das Meer als Gemeingut, als gemeinsames Erbe der Menschheit. Eine Zone von 12 Seemeilen vor der Küste gilt als nationales Hoheitsgebiet wie das Territorium zu Land. Eine Zone von 200 Seemeilen gilt als »Ausschließliche Wirtschaftszone«, in der zwar die Durchfahrt frei ist, die ökonomische Nutzung jedoch der jeweiligen Küstennation vorbehalten ist. Jenseits der 200 Seemeilen ist das Meer Gemeingut, wie sonst nur die Antarktis. Wo der Festlandssockel weiter hinausreicht, können Nationen jedoch versuchen, größere Ausschließliche Wirtschaftszonen zu proklamieren.

Die Seerechts-Konvention war ein Kompromiss zwischen dem Interesse der Industrieländer an der Freiheit der Seewege und dem Interesse der Entwicklungsländer an der Nutzung »ihrer« Meere - vor allem für den Fischfang. Gleichzeitig war sie ein Zugeständnis an einen Zeitgeist, der sich vom Gemeingut Meer eine verantwortlichere und nachhaltige Nutzung der letzten großen, weitgehend unerschlossenen, Naturressource erhoffte. Es dauerte bis 1994, bis die Seerechts-Konvention von genügend Nationen ratifiziert und damit allgemein anerkannt wurde.

Gemeingüter sind Machtfragen

Gemeingüter sind jedoch, wie sich bald zeigte. Machtfragen. Ihre Nutzung spiegelt das Verhältnis zwischen der ökonomischer Ungleichheit der Nutzer einerseits und den Ressourcen der gemeinsamen Verwaltung, Kontrolle und Erhaltung andererseits. Dieses Verhältnis ist auf dem Meer bislang denkbar schlecht. Die Internationale Meeresbodenbehörde ist eine Minibehörde, die kaum Ressourcen hat, die Einhaltung internationaler





Regeln zu kontrollieren. Im Wesentlichen ist sie zuständig für die Verpachtung von Meeresgrund. Da man Meeresfläche nicht kaufen kann, wird sie gepachtet. Ein Streifen im Pazifik vor der nord-amerikanischen Küste beispielsweise ist heute eine Art Gewerbegebiet, wo verschiedene Nationalstaaten auf gepachtetem Gebiet sich beeilen, die notwendigen Technologien zur Ausbeutung des Meeresbodens zu erproben. Auch Deutschland hat hier sein Untersee-Pachtland. Binnen 10 Jahren, so schätzt man, soll der industrielle Abbau der Tiefsee-Ressourcen technologisch voll realisierbar sein. Welche ökologischen Folgen das haben wird, weiß niemand.

In der Fischwirtschaft schlägt die ökonomische Ungleichheit der Nutzer voll durch. Gerade die ärmsten Länder, für deren Ernährungssicherheit ihre Fischgründe von entscheidender Bedeutung sind, haben nicht die Mittel, diese Fanggründe vor der modernen internationalen Piratenfischerei zu schützen. 20 Prozent des weltweiten Fischfangs gelten als illegal, betrieben auf Raubzügen durch fremde Küstengewässer, unter Billigflaggen wie Panama oder Honduras, die niemals die internationalen Fangbeschränkungen unterzeichnet haben, umgeschlagen in Häfen wie Las Palmas oder Mauritius, in denen gezielt weggeschaut wird.

Viele westafrikanische Küstenländer verkaufen, völlig legal, Fischfangrechte an die EU - das Geld für die Staatskasse wird auf Kosten der einheimischen Kleinfischerei erwirtschaftet, die mit leeren Netzen heimkehrt, wenn die industriellen Fangschiffe das Meer leergefischt haben. Ghana, ein klassisches Fischereiland, importiert inzwischen selbst 200.000 Tonnen Fisch jährlich. 86 Mio. Euro im Jahr zahlt die EU an Mauretanien für die Fischereirechte. 36 Mio. Euro gehen an Marokko - dafür fischt die EU auch vor der Küste der Westsahara, ein illegales Geschäft, wie selbst ein Gutachten des »Juristischen Dienstes« des Europaparlaments schreibt. Lächerliche Beträge ohnehin. 1,8 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet allein die spanische Fischereiindustrie im Jahr, hauptsächlich mit Fisch, der vor Westafrika gefangen wird.

Gegen die Praxis des Verkaufs von Fischereirechten richtet sich in Westafrika eine soziale Bewegung der Fischer, der lokalen Fischwirtschaft und der Küstenstädte. Soziale Unruhen setzten in einigen Küstenstaaten die Regierungen so unter Druck, dass sie vom weiteren Verkauf Abstand nahmen. Gegen die internationale Piratenfischerei, die jetzt mit Macht in diese Gewässer drängt, fehlen jedoch wiederum die Mittel, eine effektive Kontrolle und Verteidigung der eigenen Fanggründe durchzusetzen.

Gemeingüter, deren gemeinsame Verwaltung nicht mit den Ressourcen ausgestattet ist, um die Nutzung und Entwicklung dieses Gemeinguts effektiv zu kontrollieren; Gemeingüter, deren Verwaltung nicht demokratisch kontrolliert ist in einer Weise, dass die ökonomisch Schwächeren ihre Mehrheiten geltend machen können; Gemeingüter, deren Schädigung und unmäßige Nutzung nicht hinreichend sanktioniert ist - solche Gemeingüter sind dem Raubbau schutzlos preisgegeben. Man kann es auch so sagen: Es sind keine.

Verteilungsfragen sind Produktionsfragen

Das Problem der Nutzung des Meeres für die Energiewirtschaft sind die Investitionen. Es ist ähnlich wie mit der Laufzeitverlängerung für deutsche AKWs. Die Laufzeitverlängerung erhöht nicht nur das ökologische Risiko, sie lenkt auch Investitionen weg von alternativen Energien, hin zum Erhalt der atomaren Anlagen. Genauso fließen derzeit riesige Investitionssummen in Industrie- und Schwellenländern in die Entwicklung der Technologien, die Tiefsee-Ölförderung und Tiefsee-Abbau möglich machen - Investitionen, die für die Entwicklung regenerativer Energieförderung fehlen. Sie »fehlen« auch für die Technologie-Folgenabschätzung. Was ein industrielles Abschürfen des Meeresbodens mit der Meeresökologie, den Meeresströmen, der komplizierten Biosphäre Meer macht, will man lieber gar nicht so genau wissen. Auf dem Meer tobt sich auch in der Umweltforschung die End-of-Pipe-Technologie aus: Kann man CO₂ in den Meeresboden pressen, als Massendeponie? Kann man Algen düngen, damit sie mehr CO₂ aufnehmen? Wie kann man





das Meer missbrauchen, um den falschen Pfad der fossil-kapitalistischen Wirtschaft trotz ihrer globalen Krise zu verlängern?

Verteilungsfragen sind Produktionsfragen, auch das lehrt das Meer. Die einheimische Kleinfischerei kommt nahezu ohne »Beifang« aus, d.h. »unerwünschte« Fische und Meerestiere, und mit einer sehr geringen ökologischen Eingriffstiefe. Die industrielle Massenfischerei produziert 30 bis 40 Prozent Beifang, zu großem Teil achtlos weggeworfen oder verdorben, und massive ökologische Schäden. Die Spaltung in Armut und Reichtum, der Ruin der Kalorien Vieler für die Joules einiger Weniger, ist dieser Produktionsweise eingeschrieben, stofflich wie ökonomisch.

Autor:

Christoph Spehr lebt in Bremen und arbeitet im »Verein für Internationalismus und Kommunikation« mit am Projekt »Fair Oceans«.

Kontakt:

verein.intkom@gmx.de

Quelle:

Der Artikel »Kalorien oder Joule - Der globale Verteilungskampf um das Meer« ist erschienen in der iz3w, Ausgabe 322, »Verteilungskämpfe - Wenn Öffentliches privat wird« (S. 37ff), Januar/Februar 2011 und wurde hier leicht redaktionell überarbeitet.

